

STADT KARLSRUHE
Stadtamt Durlach

Niederschrift Nr. 12/2024

über die Sitzung des Ortschaftsrates Durlach
am: Mittwoch, 13. November 2024
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 20:18 Uhr

in Karlsruhe-Durlach, Bürgersaal im Rathaus

Vorsitzende: Ortsvorsteherin Alexandra Ries

Zahl der anwesenden Ortschaftsrätinnen und Ortschaftsräte: 20

Es waren anwesend:

B'90/Die Grünen: OR Pötzsche, OR Stolz, OR Dr. Klingert, OR Tessmer,
OR Dr. Mezger

CDU: OR Kehrle, OR Müller, OR Dörflinger, OR Miersch,
OR Zwilling, OR Graf

SPD: OR Tröndle, OR Dr. Rausch

FDP: OR Dr. Noé, OR Gaebel

AfD: OR Rathjen, OR Willimzig

FW: OR Thormann, OR Clemens

DIE LINKE: OR Labenz

Es fehlten

a) entschuldigt: OR Isele, OR Difflipp-Eppele

b) nicht entschuldigt: -

Schriftführer:

Robin Axtmann (StaDu)

Sonstige Verhandlungsteilnehmer: Herr Wurm (StaDu), Frau Beer (SuS), Herr Sternagel (BB), Frau Dr. Hopfner (StPIA), Frau Hüger (StPIA), Herr Friesen (StPIA)

Die Einladung zu dieser Sitzung, datiert vom 31. Oktober 2024, Zeit, Ort und Tagesordnung sind am 8. November 2024 auf der Internetseite der Stadt Karlsruhe ortsüblich bekanntgegeben worden.

**12. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 13. November 2024,
17:00 Uhr**

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) begrüßt die Anwesenden zur heutigen Sitzung im Bürgersaal des Rathauses. Entschuldigt für die heutige Sitzung seien Frau OR Isele und Frau OR Difflipp-Eppele. Frau Dr. Klingert werde sich etwa 10 Minuten verspäten.

**12. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 13. November 2024,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

**TOP 1: Jahresbericht des Schul- und Sportamts zur Situation der Durlacher
Schulen**

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft Tagesordnungspunkt 1, Jahresbericht des Schul- und Sportamtes zur Situation der Durlacher Schulen, auf. Hierzu begrüße Sie Frau Beer vom Schul- und Sportamt. Sie fragt, ob nochmals ein Vortrag gewünscht sei, oder man direkt in die Fragerunde einsteigen könne. Dem wird zugestimmt.

OR Pötzsche (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) bedankt sich für den Bericht. Die Fraktion habe im Vorfeld der Sitzung eine Rundfrage bei den Durlacher Schulen gestartet, wo es Fragen gebe. Hier seien ein paar Meldungen zurückgekommen. Seitens einiger Grundschulen sei die Frage des Betreuungsmodells ab 2026 aufgekommen, wenn der ganztägige Betreuungsanspruch in Kraft trete. Hier sei die Frage, ob es bereits ein Konzept oder ähnliches gebe, da die Grundschulen hierüber noch keine ausführlichen Informationen hätten. Auf Nachfrage beim Markgrafen-Gymnasium seien zwei weitere Fragen aufgekommen. Diese hätten mitgeteilt, sie seien nicht genau über den Planungsstand des Mensa-Baus oder über das Gebäude gegenüber dem Schulhof informiert. Das Markgrafen-Gymnasium habe noch darauf hingewiesen, dass es einen Raumfehlbedarf gebe, gerade wenn die Außenleiter als Rettungsweg komme, würden weitere Räume im naturkundlichen Bereich entfallen. Weiter fragt er nach einer Kostensteigerung für die Bahnen des Schwimmunterrichts. Hier sei für ihn nicht ganz klar, weshalb eine Schule für Pflichtunterricht nach Landesbildungsplan Entgelte an städtische Einrichtungen zahlen müsste. Diese Steigerungen würden, gerade bei viel Schwimmunterricht, das Budget der Schulen belasten. Seitens der Schloss-Schule habe man die Information erhalten, wenn die Pavillons entfernt werden, fehle es der Schule an Pausenraum. Hier sei wohl vorgesehen, die Prinzessenstraße zu nutzen, er fragt, ob sie hierzu etwas sagen könne. Seitens der Schule am Turmberg habe man die Rückmeldung erhalten, dass einige bauliche Mängel beseitigt worden seien. Dies freue sie sehr.

Frau Beer (SuS) sagt, sie versuche die Fragen möglichst vollständig zu beantworten. Offene Punkte werde man mitnehmen und im Nachgang nachreichen. Sie beginnt mit der Schule am Turmberg und sagt, dass das Thema wieder aufgegriffen wurde und dass sich das HGW darum kümmern sowie Planungen angestoßen habe. Den aktuellen Sachstand kenne sie nicht. Bezüglich der Schloss-Schule erklärt sie, dass sie das Thema mitnehmen müsse, da ihr persönlich nicht bekannt sei, dass der Pausenraum fehle. Dies wolle sie zur Beantwortung nachreichen. Zum Schwimmunterricht am Markgrafen-Gymnasium verweist sie teilweise auf ihren Kollegen Sternagel und stellt fest, dass die Kostensteigerungen mitgeteilt würden. Diese Informationen würden auch an die Schulen weitergegeben. Grundsätzlich sei es so, dass die Bahnbelegung aus dem Schulbudget bezahlt werde, auch wenn eine Kostensteigerung vorliege. In der Regel finde man von Seiten der Verwaltung, also der Schulverwaltung, Möglichkeiten, um bei entstehenden Lücken in den Schulbudgets nachzuschließen. Es sei jedoch so, dass alle Schulen für die Bäderbenutzung bezahlen müssten.

**12. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 13. November 2024,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

**TOP 1: Jahresbericht des Schul- und Sportamts zur Situation der Durlacher
Schulen**

Sie hoffe, dass Herr Sternagel noch nähere Informationen zu den Kostensteigerungen geben könne. Bezüglich des Markgrafen-Gymnasiums informiert sie über den Stand der Planungen und teilt mit, dass im Dezember eine Machbarkeitsstudie seitens des HGW vorgestellt werden solle. Sie gehe davon aus, dass dort auch Lösungsmöglichkeiten für den Mensabau sowie andere Aspekte präsentiert würden. Der Raumfehlbedarf werde ebenfalls berücksichtigt. Im Dezember sei die Vorstellung der Machbarkeitsstudie geplant und es sei vorgesehen, die Schulleitung in einem ersten Schritt innerhalb der Verwaltung mitzunehmen. Sie geht auf die Frage zu den Betreuungsmodellen der Durlacher Schulen ein und kündigt an, dass in der nächsten Woche eine umfassende Informationsvorlage zum Projekt Schulkindbetreuung im Schulausschuss behandelt werde. Dabei würden alle Schulen berücksichtigt und nicht nur einige ausgewählte. Inhaltlich könne sie dazu heute nichts vorwegnehmen und bitte um Verständnis dafür. Es sei zugesagt, dass im Nachgang zum Schulausschuss die Informationsvorlage auch in den einzelnen Stadtteilen auf die Tagesordnung kommen werde. Eine Information für die Schulen sei vorgesehen und solle nach Plan in den nächsten Tagen erfolgen. Sie betont abschließend, dass die Schulen nicht vernachlässigt würden und sie aktiv mitgenommen werden sollen.

OR Kehrlé (CDU-OR-Fraktion) bedankt sich für den Bericht. Er äußert, dass noch drei oder vier Fragen offen seien. Zunächst möchte er wissen, wie die kleinen Schulen, insbesondere die Turmberg Schule und die Bergwald Schule, auf den Rechtsanspruch für die ganztägige Betreuung vorbereitet seien. Er fragt nach dem tatsächlichen Bedarf, insbesondere seit der Umstellung von G8 auf G9. Er erkundigt sich, ob der Bedarf noch so hoch sei, dass alles auf eine eventuelle Mensa umgebaut werden müsse oder ob dies vorgehalten werde. Des Weiteren verweist er auf den letzten Stand aus September 2024, wonach in Baden-Württemberg 550 freie Stellen bei Lehrkräften vorhanden seien. Er möchte wissen, wie die Situation in Karlsruhe beziehungsweise in Durlach aussieht und wie viele Stellen dort unbesetzt sind. Zudem fragt er, welche Maßnahmen aktuell unternommen werden, um die freien Stellen zu besetzen. Zum Stand Juni 2024 berichtet er, dass von 125 offenen Stellen lediglich fünf nachbesetzt worden seien. Abschließend erkundigt er sich nach dem aktuellen Stand bezüglich des Rechtsanspruchs an Ganztagschulen. Er erwähnt, dass laut letzter Information der Anspruch ab dem Schuljahr 2025/26 kommen solle und erst für die Erstklässler im Schuljahr 2026/27 beginne. Er fragt, ob dies korrekt sei.

Frau Beer (SuS) sagt, dass der Rechtsanspruch ursprünglich für das Schuljahr 2025/26 vorgesehen war, was noch vor der Corona-Pandemie war. Dann sei dieser jedoch vom Kultusministerium um ein Jahr verschoben worden.

**12. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 13. November 2024,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

**TOP 1: Jahresbericht des Schul- und Sportamts zur Situation der Durlacher
Schulen**

Bezüglich der Besetzung von Lehrkräften in Karlsruhe kann sie keine Auskunft geben, da diese Angelegenheiten in der Zuständigkeit des staatlichen Schulamts und des Regierungspräsidiums liegen. Sie erwähnt, dass sie die Fragen zu den Gymnasien wie in der Vergangenheit wieder im Protokoll festhalten und im Nachgang an das staatliche Schulamt zur Beantwortung weiterleiten werde. Auf die Frage zu G8 und G9 hat sie eine Rückfrage, da sie nicht ganz verstanden hat, wie der Bedarf aus G8 und G9 gemeint sei.

OR Kehrle (CDU-OR-Fraktion) erklärt, dass der Wechsel von G8 auf G9 bedeutet, dass es andere Stundenpläne geben wird und möglicherweise weniger Nachmittagsunterricht erforderlich ist, da der Stoff wieder gestreckt werde. Dies könnte dazu führen, dass der Bedarf an einer Mensa sinkt oder dass diese nicht so groß gebaut werden muss. Er fragt, ob es dazu bereits Informationen gibt.

Frau Beer (SuS) antwortet, dass die inhaltlichen Aspekte der Stundenpläne eine schulorganisatorische Angelegenheit sind. Diese liegen in der Verantwortung der Schulen, der Schulleitungen und des Regierungspräsidiums sowie des Kultusministeriums. Als Schulträger habe man darauf keinen Einfluss. Sie betont, dass sie als Abteilung die Rahmenbedingungen schafft und rechtzeitig mit den Gymnasien ins Gespräch gehen werde, um die Bedarfe zu klären. Im November sei die Vorstellung des Gesetzentwurfs im Landtag geplant, gefolgt von einer Beschlussfassung zu Beginn des nächsten Jahres. Ihre Informationen seien auch vom Städtetag an die Kommunen weitergegeben worden. Es müsse abgewartet werden, welche Möglichkeiten es für die Schulen gebe – ob sie komplett G9 werden oder beide Modelle anbieten können. Bezüglich der Bergwaldschule erwähnt sie, dass es auch um die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung gehe. Sie verweist auf die Informationsvorlage, welche nächste Woche präsentiert werde.

OR Thormann (FW-OR-Fraktion) bedankt sich für den Bericht. Sie stellt eine Frage zur Digitalisierung. Sie freut sich darüber, dass digitale Geräte langsam in den Schulen ankommen. Allerdings berichtet sie von einer Situation bezüglich des Digitalpakts des Bundes: Die Stadt Karlsruhe habe den Lehrkräften iPads zur Verfügung gestellt, jedoch müssten diese einen Vertrag mit der Stadt abschließen, wodurch die Haftung auf die Lehrkräfte übergehe. Dies habe Unmut ausgelöst und sie fragt nach einer rechtlichen Grundlage für dieses Vorgehen.

Frau Beer (SuS) bestätigt, dass ihr die Anfrage bekannt sei und diese derzeit in der Verwaltung geprüft werde. Sie kann jedoch noch kein Ergebnis mitteilen. Grundsätzlich müsse zwischen den Lehrerendgeräten aus dem Digitalpakt und anderen Geräten unterschieden werden. Aufgrund fehlender Finanzierungsmöglichkeiten könnten keine neuen Geräte beschafft werden.

**12. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 13. November 2024,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

**TOP 1: Jahresbericht des Schul- und Sportamts zur Situation der Durlacher
Schulen**

OR Thormann (FW-OR-Fraktion) merkt an, dass die Handhabung von iPads anders sei und viele Lehrkräfte nicht für diese Geräte haften möchten.

Frau Beer (SuS) wiederholt, dass die Anfrage in Prüfung sei und bittet darum, das Ergebnis abzuwarten.

OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion) dankt für den Bericht und hebt hervor, dass die Durlacher Schulen im Vergleich zu anderen Stadtteilen gut dastehen. Er äußert seine Freude über Fortschritte im Bereich IT und fragt nach dem Thema „digitaler Hausmeister“. Er möchte wissen, wie die IT-Betreuung für Endgeräte organisiert ist und ob dies weiterhin ausgelagert bleibt oder ob eine dauerhafte Lösung angestrebt wird.

Frau Beer (SuS) erklärt, dass man sich derzeit in einer Phase befindet, in der an einer Neukonzeption gearbeitet wird. Ob dies eine Dienstleister- oder eine stadtinterne Lösung sein wird, könne sie noch nicht sagen. Derzeit gibt es keine digitalen Hausmeister in den Schulen und auch keine personellen Ressourcen in der Verwaltung dafür.

OR Tröndle (SPD-OR-Fraktion) bedankt sich für den Bericht und äußert Bedenken hinsichtlich einer hohen Übergangsquote von 83 % von der Grundschule aufs Gymnasium. Er fragt vor dem Hintergrund vorausschauender Planung nach Prognosen zu diesen Zahlen und deren gesellschaftlichen Auswirkungen.

Frau Beer (SuS) erklärt, dass sie als Verwaltung keine Prognosezahlen beantworten könne, da diese von Seiten des Landes, insbesondere des Kultusministeriums, kommen müssten. Sie räumt ein, dass jeder seine eigene Einschätzung habe, aber sie könne die Auswirkungen der hohen Übergangsquote aufs Gymnasium nicht vorhersagen. Es sei angedacht, wieder eine Art Grundschulempfehlung einzuführen, wobei verschiedene Faktoren erfüllt sein müssen, damit ein Kind auf das Gymnasium gehen kann. Früher sei es so gewesen, dass man nur mit einem bestimmten Notendurchschnitt oder einer Aufnahmeprüfung auf das Gymnasium gelangen konnte. Ob es diesbezüglich Überlegungen seitens des Kultusministeriums gebe, könne sie nicht sagen; die Auswirkungen der Übergangsquoten seien zum jetzigen Zeitpunkt unklar.

OR Stolz (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) bedankt sich für den Bericht und hat noch einige Fragen. Ihre erste Frage betrifft die Grundschulen Bergwald, Schloss-Schule und Oberwaldschule, die keine Integrationsklassen (IK-Klassen) haben. Sie fragt sich, wie die Verteilung der IK-Klassen erfolgt und wer entscheidet, welche Schule eine IK-Klasse erhält. Sie möchte wissen, ob es interne Absprachen gibt und ob von Seiten der Verwaltung Lenkungsmöglichkeiten bestehen. Die zweite Frage bezieht sich auf die VABO-Klassen (Vorbereitungsklassen für geflüchtete Schüler).

**12. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 13. November 2024,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

**TOP 1: Jahresbericht des Schul- und Sportamts zur Situation der Durlacher
Schulen**

Blatt 5

Sie bemerkt, dass im Bericht erwähnt wird, dass mit weiteren Flüchtlingsschülern zu rechnen sei und fragt sich, wie andere Schulen auf diese Situation vorbereitet sind. Die dritte Frage betrifft die Übertrittszahlen aufs Gymnasium. Frau Stolz interessiert sich für die Differenz zwischen den Schulen: Während die Schloss-Schule eine hohe Quote von 83 % hat, liegen andere Schulen wie die Bergwaldschule bei 64 %. Sie fragt nach Erklärungsansätzen für diese Unterschiede.

Frau Beer (SuS) antwortet zunächst auf die Frage zu den IK-Klassen. Die Standorte dieser Klassen liegen in der Hoheit des Staatlichen Schulamts, das prüft, wo räumliche Kapazitäten vorhanden sind und welche sonderpädagogischen Inhalte berücksichtigt werden müssen. Der Schulträger werde nur dann gefragt, wenn es darum gehe, ob in einer Schule ein Raum zur Verfügung steht. Die Entscheidung über die Standorte der IK-Klassen liege also primär beim Staatlichen Schulamt. Ähnliches gelte für die VABO-Klassen; diese seien ausschließlich an beruflichen Schulen angesiedelt, da dort eine Vorbereitung auf eine Berufsausbildung stattfinden solle. Auch hier habe der Schulträger keinen Einfluss darauf. Bezüglich der Differenz in den Übergangsquoten zur Schloss-Schule könne sie als Schulträger keine Antwort geben; dafür müsse man gezielt die Strukturen der jeweiligen Schule betrachten und dies sei eher eine Angelegenheit für das Staatliche Schulamt.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) stellt keine weiteren Wortmeldungen fest und bedankt sich herzlich bei Frau Beer für ihre Ausführungen und die Vorstellung des Themas.

**12. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 13. November 2024,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

TOP 2: Bericht zum Campingplatz und den Durlacher Bädern

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft Tagesordnungspunkt 2, Bericht zum Campingplatz und den Durlacher Bädern, auf. Hierzu begrüßt sie Herrn Sternagel von den Bäderbetrieben.

Herr Sternagel (BB) fängt mit dem Campingplatz an. Dieser entwickle sich sehr gut und man habe erneut steigende Nutzerzahlen verzeichnen können. Man schreibe seit letztem Jahr auch schwarze Zahlen und sei sehr gut in den Bewertungen. Die Aufenthaltsdauer liege im Durchschnitt bei zwei bis drei Tagen. Man habe auch festgestellt, dass viele Karlsruherinnen und Karlsruher den Campingplatz nutzen. Ein Mehrwert seien die Container, welche zum Grillen und als Spielzimmer genutzt werden könnten. An den Wochenenden sei man regelmäßig ausgebucht. Ebenfalls entwickle sich Zelten wieder. Man habe ein sehr engagiertes Team, was wichtig für den Betrieb sei. Er geht zunächst zu den Bädern über. Das Turmbergbad sei das erfolgreichste Freibad Karlsruhes. Man habe ein sehr großes Einzugsgebiet. Herr Sternagel berichtet, dass es im Turmbergbad kaum Probleme mit der Sicherheit gebe. Im Gegensatz zu Rappenwörth, wo zwei oder drei Sicherheitskräfte im Einsatz seien, sei das Klientel im Turmbergbad sehr angenehm und es gebe so gut wie keine Beschwerden. Er erwähnt, dass das Kassensystem im Sommer umgestellt wurde, was anfangs einige Probleme verursacht habe, aber letztendlich seien die Gäste zufrieden gewesen, als sie verstanden hätten, wie es funktioniert. Das Konzept, mit einem Armband alle Bäder in Karlsruhe nutzen zu können, sei erfolgreich; mittlerweile seien über 10.000 Armbänder verkauft worden, die den Gästen Guthaben für Vergünstigungen bieten und das Anstehen an der Kasse vermeiden. Er erklärt weiter, dass das Weiherhofbad im Sommer für Schulen und Vereine geöffnet sei, jedoch nicht für die Öffentlichkeit. Die Freibäder stünden der Öffentlichkeit zur Verfügung. Herr Sternagel informiert darüber, dass ein Wertgutachten für das geplante Kombibad in Auftrag gegeben wurde und die Pläne bereits präsentiert wurden.

OR Müller (CDU-OR-Fraktion) bedankt sich bei Herrn Sternagel und seinem Team für die erfolgreiche Entwicklung des Campingplatzes. Er stellt zwei Nachfragen. Erstens fragt er nach dem Interesse der Gäste an Mobile Homes und Tiny Houses sowie nach möglichen Winterstellplätzen für Wohnmobile.

Herr Sternagel (BB) antwortet, dass derzeit vier Mobile Homes gut ausgelastet seien und zwei davon dauerhaft vermietet seien. Man erwäge den Kauf von weiteren Einheiten aufgrund der Nachfrage. Das Tiny House sei noch nicht in Betrieb genommen worden wegen vertraglicher Fragen, aber er hoffe auf eine baldige Übergabe. Bezüglich des Winterbetriebs erklärt er, dass es bereits Möglichkeiten gebe, Wohnwagen unterzustellen. Man überlege, ob man den Campingplatz von Saison- auf Ganzjahresbetrieb umstellen könne, dies stehe allerdings noch in den Sternen.

**12. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 13. November 2024,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

TOP 2: Bericht zum Campingplatz und den Durlacher Bädern

Blatt 2

OR Pötzsche (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) bedankt sich für den Bericht und fragt nach den Preissteigerungen für Schwimmunterricht von Schulen. Er möchte wissen, wie dies zustande komme und wie hier die genauen Regelungen zwecks Kosten der für die Schulen für vorgeschriebenen Schwimmunterricht seien. Weiterhin kritisiert er die, aus seiner Sicht, sehr defensive Informationspolitik zum Thema Kombibad. Er erfahre sämtliche Nachrichten aus der BNN, werde aber seitens der Einwohnerinnen und Einwohner immer mal zu diesem Projekt gefragt. Er bitte hierbei, dies künftig zu verbessern und transparenter zu gestalten.

Herr Sternagel (BB) erläutert die Regelungen bezüglich der Eintrittspreise für Schulen und erwähnt eine geplante Erhöhung aufgrund steigender Energiekosten. Er betont, dass trotz eines Defizits von 500.000 bis 600.000 Euro pro Jahr die Situation im Vergleich zu anderen Kommunen akzeptabel sei. Die Kostensteigerungen betreffen sowohl Löhne als auch Energiekosten erheblich. Er erklärt weiter, dass die Preise das einzige Steuerungselement seien und man bereits in allen Bädern Energie optimiert habe. Die Kalkulation für Schulschwimmen basiere auf zehn Schülern pro Bahn zu einem Preis von 34 Euro pro Bahn nach Rabattierung. Die Schulen betreffe dies aber nicht direkt, da die Kosten über das Schul- und Sportamt abgedeckt würden.

OR Pötzsche (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) sagt, er sei irritiert über die Aussage, dass die Schulen diese Kosten nicht tragen müssten, da sie erstattet würden.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) erklärt, dass es möglich sei, dass das Schul- und Sportamt die Rechnungen aus einem Budget bezahlt, das der Schule zustehe. Sie vermutet, dass bei höheren Zahlungen für die Bäder das Budget der Schulen beeinträchtigt werde.

Herr Sternagel (BB) bestätigt, dass das Schul- und Sportamt Mittel und Wege finde, die Schulen zu unterstützen. Er kenne die genauen Belegungszeiten der Bahnen durch das Markgrafen-Gymnasium aber gerade nicht.

OR Pötzsche (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) schlägt vor, einen Kontakt herzustellen, damit weitere Informationen im Dialog ausgetauscht werden können.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) fragt, wie es sein könne, dass Schulen für die Bäder zahlen, aber für städtische Sporthallen eventuell nicht. Dies lasse sie parallel überprüfen und werde anschließend darüber informieren.

Herr Sternagel (BB) spricht dann über das Kombibad und gibt an, dass er einige Punkte nachvollziehen könne. Er erklärt weiter, dass oft zuerst Fragen von der BNN kämen und sie darauf antworten müssten.

**12. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 13. November 2024,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

TOP 2: Bericht zum Campingplatz und den Durlacher Bädern

Blatt 3

Er betont jedoch, dass viele Informationen bereits hier vorgestellt wurden. Die Pläne für das Kombibad umfassen ein 25-Meter-Becken mit acht Bahnen sowie zwei Lehr- und Schulschwimmbecken. Zudem solle eine Festhalle integriert werden und es gebe Überlegungen für ein Gesundheitszentrum. Er erläutert die Vorstellung des Bades als Kombination aus Spaß- und Sportbad sowie einem Fokus auf Gesundheit. Man wolle Krankenkassen für Präventions- und Rehabilitationsangebote ins Boot holen. Er versichert den Anwesenden, dass sie in Zukunft regelmäßig informiert werden und ihre Wünsche berücksichtigt werden sollen.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) bestätigt den Austausch zwischen der Verwaltung und Herrn Sternagel sowie Bürgermeister Dr. Lenz. Sie weist darauf hin, dass es wichtig sei, als politisches Gremium im Verfahren aktiv zu sein und nicht erst bei der Eröffnung informiert zu werden. Sie schlägt vor, Pressemitteilungen im Vorfeld an den Ortschaftsrat weiterzugeben.

OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion) bedankt sich bei Herrn Sternagel für den Bericht. Er lobt die Kreativität von Herrn Sternagel, gibt jedoch Herrn Pötzsche recht, dass sie vom Kombibad erstmals durch „Kai der Hai“ während der Rathausfastnacht gehört hätten. Er erwähnt, dass es wichtig sei, die Politik enger einzubinden. Er sagt zum Campingplatz, welcher keine zentrale Kernaufgabe einer Stadtverwaltung sei, er schätze den Vorschlag, das Bad anzugliedern, und freue sich über die positiven Entwicklungen, solange positive Deckungsbeiträge dabei rumkommen würden. Er bringt das Thema der Bettensteuer zur Sprache und erklärt, dass intensive Diskussionen mit der DEHOGA und Hoteliers stattfinden würden. Einige Hoteliers fühlen sich durch die Einführung der Bettensteuer in ihrer Existenz bedroht, insbesondere wenn diese im Pfinztal nicht gelte. Er fragt sich, ob die Betreiber des Campingplatzes ebenfalls besorgt sind, da sie möglicherweise Bettensteuer zahlen müssen.

Herr Sternagel (BB) sagt, dass hierzu noch keine Erkenntnisse vorlägen.

OR Kehrle (CDU-OR-Fraktion) bedankt sich ebenfalls für den Bericht und äußert Bedenken hinsichtlich des Zeitplans für das Bebauungsplanverfahren. Er weist darauf hin, dass andere Schwimmvereine dringend mehr Wasserfläche benötigen und empfindet die geplante Wasserfläche als zu gering.

OR Clemens (FW-OR-Fraktion) fragt nach der Möglichkeit, internationale Wettkämpfe auszurichten und ob es Überlegungen für temporäre Tribünenflächen gebe. Er betont die Bedeutung Karlsruhes als Austragungsort internationaler Wettkämpfe.

**12. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 13. November 2024,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

TOP 2: Bericht zum Campingplatz und den Durlacher Bädern

Blatt 4

Herr Sternagel (BB) erklärt, dass internationale Wettkämpfe in diesem Bad nicht vorgesehen wären, da bereits entsprechende Einrichtungen wie das Fächerbad mit 50-Meter-Bahnen vorhanden seien. Das Fächerbad sei gut ausgestattet für solche Veranstaltungen. Er sieht keinen Sinn darin, Durlach zusätzlich hiermit auszustatten, da es nicht genügend Wettkämpfe gebe und diese auch kein Geld einbringen würden.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) stellt keine weiteren Wortmeldungen mehr fest und bedankt sich herzlich bei Herrn Sternagel für die Vorstellung sowie die unterjährig gute Zusammenarbeit.

**12. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 13. November 2024,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

**TOP 3: Satzung über die Kfz- und Fahrradstellplatzverpflichtung für
Wohnungen (Stellplatzsatzung); Beschluss zur Veröffentlichung-
und Auslegung sowie Beteiligung der Träger öffentlicher Belange
nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB)**

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft Tagesordnungspunkt 3 auf. Sie begrüßt Frau Dr. Hopfner und Frau Hüger vom Stadtplanungsamt. Sie fragt, ob direkt in die Fragerunde eingestiegen werden könne, was seitens des Gremiums bejaht wird.

OR Gaebel (FDP-OR-Fraktion) bedankt sich für die umfassenden Informationen und lobt die Informationsveranstaltung, die es ermöglicht habe, sich detailliert vorzubereiten. Er äußert, dass er die Intention, das Baurecht zu vereinfachen, sehr positiv finde, da dies den Wohnungsbau voranbringen könne. Er kritisiert jedoch, dass die Durlacher Altstadt nicht wie die Karlsruher Innenstadt behandelt werde. Die Regelungen für PKWs seien positiv, gleichzeitig störe ihn aber die Verschärfung der Vorschriften für Fahrräder, da dies zu mehr Bürokratie führen könnte und die positiven Absichten konterkarieren würde. Daher fühle er sich unwohl dabei, dem Vorschlag zuzustimmen.

OR Dr. Klingert (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) erklärt, dass sie sich über die Stellplatzsatzung freuen würden. Sie weist darauf hin, dass in Karlsruhe eine durchschnittliche PKW-Belegung pro Wohnung von 0,9 bestehe, während die Stellplatzsatzung 1 vorschreibe. Dies führe zu einer Angleichung an die Realität und senke somit die Baukosten, was angesichts der dramatischen Lage auf dem Wohnungsmarkt positiv sei. Bezüglich der Fahrradabstellanlagen glaube sie, dass es gegenüber dem ersten Vorschlag mehr Flexibilität gebe und fragt nach weiteren Erläuterungen.

Frau Dr. Hopfner und Frau Hüger (StPIA) stimmen zu und erklären, dass es bei den rechtlichen Grundlagen häufig unbestimmte Rechtsbegriffe gebe. Fahrradabstellplätze müssten demnach in ausreichender Zahl vorhanden sein, was durch die Ämter ausgelegt werden müsste. Hier komme es regelmäßig zu Diskussionen mit Vorhabenträgern. Man habe die interne Regelung, dass man pro Nutzungseinheit zwei Fahrradabstellplätze fordere, was aber bei größeren Wohnungen nicht sachgerecht sei. Hier gebe es Erfahrungen, dass mehr Fläche für Fahrradstellplätze erforderlich wäre, gerade auch dann, wenn mehrere Personen oder eine Familie darin wohne. Durch die Schaffung klarer Vorgaben würde man dies verbindlich regeln und auch eine Erleichterung für die Kollegen im Genehmigungsverfahren schaffen.

**12. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 13. November 2024,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

**TOP 3: Satzung über die Kfz- und Fahrradstellplatzverpflichtung für
Wohnungen (Stellplatzsatzung); Beschluss zur Veröffentlichung-
und Auslegung sowie Beteiligung der Träger öffentlicher Belange
nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB)**

Blatt 2

OR Dr. Rausch (SPD-OR-Fraktion) sagt, ihrerseits sei die Stellplatzsatzung zustimmungsfähig. Man solle den Einfluss dieser Satzung auf die kommunale Wohnungs- oder Mobilitätspolitik auch nicht überschätzen. Eine Reduzierung der vorgeschriebenen Stellplätze komme hier auch den Bauherren entgegen.

OR Clemens (FW-OR-Fraktion) äußert Bedenken hinsichtlich der Regelung von einem Fahrradabstellplatz pro 30 Quadratmetern Wohnfläche und fordert eine Überprüfung dieser Vorgabe in Durlach. Er argumentiert, dass Neubauten oft viel größer seien und fragt sich nach den Auswirkungen auf den Wohnraum.

Frau Dr. Hopfner und Frau Hüger (StPIA) erklären, dass sie das Defizit bei den Fahrradabstellanlagen in größeren Wohnungen erkennen würden. Sie betonen zudem, dass es nicht um die Quadratmeterzahl pro Wohnung gehe, sondern um die Gesamtwohnfläche des Gebäudes.

OR Dr. Mezger (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) sagt, dass die Änderung der Satzung der Stadt Karlsruhe hinsichtlich der Landesbauordnung für Baden-Württemberg längst überfällig sei. Sie kritisiert die strikten Forderungen nach einem Stellplatz für Kraftfahrzeuge und zwei Fahrradstellplätzen pro Wohnung, da diese nicht mehr zeitgemäß seien. Angesichts des hohen Anteils an Fahrradverkehr, ausreichendem öffentlichen Verkehr und Carsharing-Angeboten sollte die Verordnung geändert werden. Als moderne Universitätsstadt müsse man sich den aktuellen Lebensweisen anpassen, um Investoren zu ermöglichen, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Sie weist darauf hin, dass viele Tiefgaragen leer stünden und Mieter Stellplätze mieten müssten, obwohl sie diese nicht benötigten. Von ihren vier berufstätigen Söhnen im Alter von 28 bis 38 Jahren fahre nur einer ein Auto. Sie appelliert, den Weg für bezahlbaren Wohnraum freizumachen und nicht noch mehr Flächen zu versiegeln.

OR Rathjen (AfD-OR-Fraktion) bedankt sich für das Wort und fragt, warum bei den Stellplätzen zwischen Kraftfahrzeugen und Fahrrädern unterschieden werden müsse. Er schlägt vor, den Bauherren freie Hand zu lassen, damit sie auf ihrem Grundstück die passende Fläche für ihre Bedürfnisse herrichten könnten.

OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion) bedankt sich ebenfalls für die Präsentation und äußert Bedenken hinsichtlich der Komplexität der Regelungen. Er kritisiert die Vorschriften zu Fahrradabstellplätzen und plädiert dafür, diese dem Markt zu überlassen. Wenn jemand einen Tiefgaragenstellplatz habe und kein Auto besitze, könne er seine Fahrräder dort abstellen ohne Vorgaben zur Anzahl der Stellplätze.

**12. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 13. November 2024,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

**TOP 3: Satzung über die Kfz- und Fahrradstellplatzverpflichtung für
Wohnungen (Stellplatzsatzung); Beschluss zur Veröffentlichung-
und Auslegung sowie Beteiligung der Träger öffentlicher Belange
nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB)**

Blatt 3

OR Thormann (FW-OR-Fraktion) stellt eine Frage zum Abstand von 70 Zentimetern bei den Fahrradstellplätzen und möchte wissen, ob dies nicht möglicherweise zu gering sei.

Frau Dr. Hopfner und Frau Hüger (StPIA) erklären, dass sie aufgrund von Anregungen den Abstand auf 70 Zentimeter festgelegt hätten, was ausreichend sei, um komfortabel parken zu können.

OR Müller (CDU-OR-Fraktion) bedankt sich und weist darauf hin, dass es sich um eine gesamtstädtische Satzung handle. Diese könne der Ortschaftsrat nicht beschließen und es gebe noch weitere Beratungen in anderen Ortschaftsräten. Der Ortschaftsrat könne nur seine Meinung äußern, was nicht mit einem Beschluss einhergeht. Er erklärt, dass sich die CDU-Fraktion daher enthalten wolle.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) zeigt sich überrascht über die Zweifel an einer Abstimmung im Rahmen einer Anhörung. Sie betont, dass der Ortschaftsrat sich nur durch eine Abstimmung äußern könne und erinnert daran, dass andere Ortschaftsräte bereits entsprechende Abstimmungen durchgeführt hätten. Weiter könne sie als Ortsvorsteherin auch nur eine Meinung des Ortschaftsrats gegenüber den gesamtstädtischen Gremien vertreten, wenn der Ortschaftsrat – mithilfe einer Abstimmung – ein Meinungsbild geäußert habe. Dies habe sie in ihren 20 Jahren als Ortsvorsteherin auch stets so gehandhabt.

OR Müller (CDU-OR-Fraktion) äußert, dass er dem Vorschlag vorbehaltlich zustimmen möchte, jedoch teilweise widersprechen müsse. Er glaubt, dass es sich um eine Stimmungsbild-Erfassung handle, was seiner Einschätzung nach in Ordnung sei. Er weist darauf hin, dass in Neureut keine Abstimmung erfolgt sei.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) erklärt, dass die Fraktionen in Neureut Stellungnahmen abgegeben hätten und es dem Ortschaftsrat freistehe, sich zu äußern oder nicht. Sie betont, dass sie als Ortsvorsteherin die Punkte immer zur Abstimmung stelle, da nur so eine Meinung nach Karlsruhe getragen werden könne. Wenn alle sich enthalten würden, gäbe es keine Meinung zu übermitteln.

OR Dr. Klingert (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) fügt hinzu, dass die 70 Zentimeter Abstand zwischen den Fahrrädern nur eine Mindestanforderung seien und auch mehr Platz vorgesehen werden könne, wenn beispielsweise viele Mieter Satteltaschen hätten.

**12. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 13. November 2024,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

**TOP 3: Satzung über die Kfz- und Fahrradstellplatzverpflichtung für
Wohnungen (Stellplatzsatzung); Beschluss zur Veröffentlichung-
und Auslegung sowie Beteiligung der Träger öffentlicher Belange
nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB)**

Blatt 4

OR Pötzsche (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) sagt, er sei überrascht über die Ausführungen von Herrn Müller. Er erklärt, dass ihre Fraktion zu diesem Tagesordnungspunkt gekommen sei, um einen Beschluss für einen Antrag an den Gemeinderat zu fassen. Daher wisse er nicht, warum hier nicht abgestimmt werden könne und solle. Dies ergebe sich auch aus der Formulierung in der Beschlussempfehlung der Verwaltungsvorlage.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) stellt keine weiteren Wortmeldungen fest und ruft den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung auf:

Beschluss:

8x Ja

6x Nein

6x Enthaltung

Ergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) bedankt sich für die Abstimmung sowie bei Frau Dr. Hopfner und Frau Hüger für die Vorstellung.

**12. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 13. November 2024,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

TOP 4: Beschlussvorlage Fahrradstraße Basler-Tor-Straße

hierzu: Konzeption Fahrradstraße Basler-Tor-Straße

**hierzu: Ergänzungs-/Änderungsantrag zu TOP Beschlussvorlage
2024/0153 „Fahrradstraße Basler-Tor-Straße“**

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft Tagesordnungspunkt 4, Fahrradstraße Basler-Tor-Straße, auf.

OR Dr. Klingert (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) gibt einen kurzen Überblick zur Historie des Antrags und erklärt, dass die Idee einer Fahrradstraße ursprünglich von den Grünen kam, um ein Netz von Fahrradstraßen zwischen Durlach und Aue zu schaffen. Dies solle dem Radverkehr zugutekommen und die Sicherheit erhöhen sowie einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Sie hebt hervor, dass das Konzept einer unechten Fahrradstraße einen Ausgleich zwischen Auto- und Fahrradverkehr schaffen soll. Sie berichtet weiter, dass das Stadtplanungsamt zwei Varianten ausgearbeitet habe und dabei Parkplätze wegfallen würden. Besonders im nördlichen Teil der Basler Torstraße sei dies problematisch aufgrund der dichteren Besiedlung. Das Stadtplanungsamt habe festgestellt, dass ein großer Teil der weggefallenen Parkplätze durch andere Parkplätze im umliegenden, öffentlichen Raum aufgefangen werden könne. Sie kritisiert den Antrag der FDP als nicht zielführend, welcher darauf abziele, eine Bürgerbeteiligung herbeizuführen. Leider würden hier aber nur Anwohnerinnen und Anwohner berücksichtigt, andere Betroffene blieben aus. Es liege eine Stellungnahme der Verwaltung vor, welche Aussage, es gebe keine andere Planungsmöglichkeit und eine Bürgerbeteiligung sei aufgrund fehlender Ressourcen und Verhältnismäßigkeit nicht möglich. Sie plädiert dafür, der Variante 2 zuzustimmen, da dies die einfachste und kostengünstigste Möglichkeit darstelle, den Fahrradverkehr zu stärken und die Sicherheit von Kindern und Jugendlichen zu erhöhen. Sie hofft auf eine breite Mehrheit für den Vorschlag.

OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion) bedankt sich bei Frau Kollegin Dr. Klingert für die historische Herleitung und erklärt, dass er ihren Ausführungen zu 90 % zustimme. Die letzten 10 % wolle er darlegen, wo das Problem liege. Er betont, dass die Thematik hohe Aufmerksamkeit in der Bevölkerung genieße, insbesondere wenn es um Mobilität gehe. Diese Aufmerksamkeit sei so groß, dass die Badischen Neuesten Nachrichten versuchten, vor den Nachrichten zu sein und sich darauf vorzubereiten. Er hebt hervor, dass sie in der vorletzten Sitzung nicht einfach dagegen gestimmt hätten, sondern durch einen Geschäftsordnungsantrag Zeit schaffen wollten, um Alternativen sachlich und ausführlich zu prüfen. Es überrasche ihn, dass das Thema bereits wieder auf der Tagesordnung stehe, da man sich wenig Zeit genommen habe, um Alternativen zu diskutieren. Er kritisiert zudem, dass mit den Anwohnern nicht gesprochen worden sei, was eine realistischere Einschätzung des Parkdrucks ermöglicht hätte.

**12. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 13. November 2024,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

TOP 4: Beschlussvorlage Fahrradstraße Basler-Tor-Straße

hierzu: Konzeption Fahrradstraße Basler-Tor-Straße

**hierzu: Ergänzungs-/Änderungsantrag zu TOP Beschlussvorlage
2024/0153 „Fahrradstraße Basler-Tor-Straße“**

Blatt 2

Auf seinem Weg zur Sitzung habe er festgestellt, dass es im nördlichen Bereich der Basler-Tor-Straße keinen freien Stellplatz gebe und die Anwohner vehement bestreiten würden, dass ausreichend Parkmöglichkeiten vorhanden seien. Er berichtet von Anrufen und E-Mails von Bewohnern der Marstallstraße, die Angst hätten, ihre Fahrzeuge bald nicht mehr abstellen zu können. Er äußert seine Bedenken über die schnelle Abwicklung der Diskussion und betont die Notwendigkeit konstruktiver Vorschläge aus der Bevölkerung. Er erwähnt einen Anwohner aus der Marstallstraße, der Vorschläge für temporäre Durchfahrtsbeschränkungen während der Stoßzeiten gemacht habe. Er kritisiert, dass solche Ideen im Vorfeld ausgeschlossen worden seien und erklärt, dass sie heute abstimmen müssten. Er sieht keinen zwingenden Bedarf für 55.000 Euro zur Einrichtung einer Fahrradstraße und plädiert dafür, nachträglich über temporäre Lösungen nachzudenken.

OR Kehrle (CDU-OR-Fraktion) bedankt sich ebenfalls und zieht einen Bogen zum Verkehrskonzept. Er erinnert daran, dass beim letzten Mal keine Einzelmaßnahmen eingebracht werden sollten und fragt sich nun, ob die Fahrradstraße nicht auch Teil des Verkehrskonzepts sei. Er befürchtet eine Verdrängung des Kfz-Verkehrs von der Marstallstraße in die Basler-Tor-Straße und stellt fest, dass es auf dieser Straße schwierig sei, Radfahrer ordnungsgemäß zu überholen.

OR Dr. Rausch (SPD-OR-Fraktion) bringt eine klare Stellungnahme ein und erklärt, dass man den Beschluss zur Variante 2 nicht fassen könne. Er betont die Notwendigkeit einer umfassenden Prüfung aller betroffenen Interessen – nicht nur der Anwohner und Radfahrer – sondern auch jener Personen, die beruflich auf Parkplätze angewiesen seien. Besonders stört ihn die Formulierung in der Verwaltungsvorlage, wonach die Fahrradstraße auch ohne politischen Beschluss eingerichtet werden könne. Er fordert eine ernsthafte Berücksichtigung aller betroffenen Interessen und schlägt vor, die Abstimmung zu vertagen oder zumindest Gespräche zu führen, um einen Konsens im Ortschaftsrat zu erreichen.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) erklärt, dass die Diskussion und Argumentation, die Herr Dr. Rausch vorgebracht habe, bereits in einer Sitzung geführt worden sei, an der er leider nicht teilnehmen konnte. Sie betont, dass man mehrheitlich nicht zustimmen konnte und die Verwaltung gebeten habe, Nacharbeit zu leisten und Beteiligungsformate zu prüfen. Die Verwaltung habe dies getan, jedoch bleibe es bei der ursprünglichen Vorlage. Sie weist darauf hin, dass es den Mitgliedern freistehe, die Variante 2 zu bevorzugen oder abzulehnen. Selbst wenn jemand nicht zustimme, bedeute das nicht, dass die Verwaltung nicht möglicherweise doch zu einem anderen Ergebnis kommen könne.

**12. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 13. November 2024,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

TOP 4: Beschlussvorlage Fahrradstraße Basler-Tor-Straße

hierzu: Konzeption Fahrradstraße Basler-Tor-Straße

**hierzu: Ergänzungs-/Änderungsantrag zu TOP Beschlussvorlage
2024/0153 „Fahrradstraße Basler-Tor-Straße“**

Blatt 3

OR Thormann (FW-OR-Fraktion) äußert ihr Erstaunen über die Antwort der Verwaltung und kann kaum fassen, dass aus personellen und finanziellen Gründen eine Bürgerbeteiligung nicht durchgeführt werden könne. Sie kritisiert, dass ein Thema von solch großer Bedeutung für viele Bürger – sowohl Anwohner als auch andere Betroffene – ohne deren Einbeziehung behandelt werde. Sie betont die Notwendigkeit von Bürgerbeteiligung und findet es nicht in Ordnung, über die Köpfe der Bürger hinweg zu entscheiden. Dies führe nur zu Politikverdrossenheit.

OR Rathjen (AfD-OR-Fraktion) begründet sein Nein zur Planung damit, dass das Straßenprofil ausreichend Platz für alle Verkehrsteilnehmer bieten sollte. Er beschreibt die Basler Torstraße als einen bereits beruhigten Verkehrsbereich mit Tempo 30 und betont, dass Autofahrer gezwungen seien, langsam zu fahren und auf Radfahrer Rücksicht zu nehmen. Daher lehne er die Planung ab.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) fragt Herrn Friese, ob er etwas sagen möchte, bevor sie in die nächste Runde gehen. Sie erklärt die Regeln für die Rednerliste und bittet um Geduld.

Herr Friese (StPIA) bestätigt, dass sie in den Stellungnahmen bereits viel aufgenommen hätten und versteht, dass es unterschiedliche Meinungen gibt. Er erläutert, dass sie das Thema fachlich geprüft haben und eine Bürgerbeteiligung für eine Maßnahme wie die Einrichtung einer Fahrradstraße als derzeit nicht machbar ansehen. Die vorgelegten Varianten seien noch immer aktuell.

OR Stolz (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) bedankt sich ebenfalls und stellt fest, dass das Thema viele bewegt. Sie zeigt Verständnis dafür, dass jede Fraktion ihren politischen Weg verteidigt. Allerdings kritisiert sie es als unangemessen, Schlagwörter wie Politikverdrossenheit im Zusammenhang mit der Basler-Tor-Straße zu verwenden. Sie bemängelt auch den Umgang mit dem Ergänzungsantrag der anderen Fraktionen und findet es polemisch sowie schwierig, so emotional über die Sicherheit von Kindern und Jugendlichen zu diskutieren.

OR Tröndle (SPD-OR-Fraktion) bedankt sich und erklärt, dass die Kollegin Stolz ihm bereits einiges vorweggenommen habe. Er betont, dass es nicht um Leben und Tod gehe, sondern lediglich um die Frage, ob eine Fahrradstraße eingerichtet werden solle oder nicht. Er erkennt an, dass die Verwaltung Argumente genannt habe, warum eine größere Bürgerbeteiligung nicht möglich sei. Dies bedauere er und schlage vor, aus dieser Erfahrung für zukünftige Fälle zu lernen und bereits im Voraus aktiver zu sein.

**12. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 13. November 2024,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

TOP 4: Beschlussvorlage Fahrradstraße Basler-Tor-Straße

hierzu: Konzeption Fahrradstraße Basler-Tor-Straße

**hierzu: Ergänzungs-/Änderungsantrag zu TOP Beschlussvorlage
2024/0153 „Fahrradstraße Basler-Tor-Straße“**

Blatt 4

Er hebt hervor, dass es wichtig sei, das Thema Parkraumbewirtschaftung grundlegend zu diskutieren und Lösungen zu finden, um den ruhenden Verkehr nachhaltig zu planen. Dabei müsse auch berücksichtigt werden, dass die Zahl der Autozulassungen steige und die Fahrzeuge immer größer würden. In der Innenstadt habe man einen Grundriss, der bis ins 12. Jahrhundert zurückreiche. Damals habe man noch nicht an einen solchen Verkehr und Ausmaße gedacht. Er fordert eine breitere Diskussion über diese Themen und appelliert an alle Beteiligten, ruhig zu bleiben.

OR Clemens (FW-OR-Fraktion) äußert, dass beide Seiten viel Wahrheit in ihren Argumenten hätten. Er kritisiert jedoch die Übertreibung der Gefahren für Radfahrer in Durlach. Wenn dies überall so gefährlich sei, müsste man überall Fahrradstraßen einrichten, was aber völlig über das Ziel hinausschieße. Er fragt sich zudem nach der Attraktivität von Durlach, wenn Parkplätze auf ein Minimum reduziert würden. Er plädiert dafür, einen Schlusstrich unter die Diskussion zu ziehen und den Antrag abzulehnen.

OR Gaebel (FDP-OR-Fraktion) drückt sein Bedauern darüber aus, dass es keine Bürgerbeteiligung gegeben habe. Er findet es bedauerlich, dass keine Anhörung der Anwohner stattgefunden habe und weist darauf hin, dass die Straße für Radfahrer aufgrund der Fahrbahnbreite sicher sei. Autofahrer könnten aufgrund der Breite die Fahrradfahrer eigentlich nicht überholen. Er schlägt vor, zur Abstimmung zu kommen.

OR Miersch (CDU-OR-Fraktion) fragt sich, warum es der Stadt zu teuer sei, die Bürger zu beteiligen. Er regt an, Flyer in den umliegenden Straßen zu verteilen und eine Veranstaltung zur Diskussion mit den Bürgern abzuhalten. Hier könnte man an einem Abend mit ein paar Fachleuten aus den Fachämtern diskutieren, wie es zu einer Lösung kommen könnte.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung auf. Sie betont die Offenheit des Gremiums für andere Lösungsansätze. Sie appelliert an die Verwaltung, mit den Bürgern ins Gespräch zu kommen und betont die Wichtigkeit ihrer Arbeit zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger.

Beschluss:

6x Ja

13x Nein

1x Enthaltung

Ergebnis: mehrheitlich abgelehnt

**12. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 13. November 2024,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

**TOP 5: Fußverkehrsfreundlicher Kreuzungsbereich in der Auer-, Schinnrain-,
Bleichstraße**

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft Tagesordnungspunkt 5, Fußverkehrsfreundlicher Kreuzungsbereich in der Auer-, Schinnrain-, Bleichstraße, auf und übergibt die Sitzungsleitung an Herrn Tröndle.

Herr Friese (StPIA) berichtet zur Umgestaltung des Knotenpunkts Auer-, Schinnrain-, Bleichstraße. Er erklärt, dass dieses Thema bereits länger aktuell sei, sich jedoch aufgrund personeller Wechsel in der Verwaltung verzögert habe. Dies sei zwar bedauerlich, aber er betont, dass sie sich nun Gedanken gemacht hätten, wie man die Umgestaltung vornehmen könne. Er stellt den aktuellen Sachstand dar und weist darauf hin, dass der große Kreuzungsbereich mit viel Asphaltfläche nicht benötigt werde. Dies führe dazu, dass Fußgänger extrem breite Flächen queren müssten, was konfliktbehaftet sei. Das Ziel sei es daher, die Fläche zu verringern. Er erläutert, dass der Bereich Teil des Sanierungsgebiets Stadteingang Durlach sei und dass die Umsetzung frühestens 2028 erfolgen könne. Dies liege daran, dass es innerhalb von Karlsruhe mehrere andere Sanierungsgebiete gebe, die priorisiert behandelt werden müssten. Um die Situation kurzfristig zu verbessern, habe man ein Provisorium errichtet, das durch Leitschwellen und Markierungen umgesetzt wurde. Der Knotenpunkt wurde eingeengt und Flächen für den Fahrzeugverkehr reduziert, um mehr Platz für Fußgänger zu schaffen. Er zeigt Fotos der Umsetzung und erklärt, dass diese Maßnahmen erst kürzlich durchgeführt wurden. Er gibt an, dass die erste Vorplanung für die zukünftige Gestaltung bereits skizziert wurde und dass einige Bereiche entsiegelt werden könnten, um Grünflächen zu schaffen.

OR Stolz (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) bedankt sich für die Vorstellung des Provisoriums und äußert ihre Freude darüber. Man habe den Antrag bereits 2019 gestellt, hebt aber hervor, dass dieses Provisorium den Kindern und Jugendlichen eine sicherere Möglichkeit biete, die gefährliche Kreuzung zu überqueren.

OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion) sagt, er sei auch dafür, dass dort etwas gemacht werde. Er habe sich aber ein Provisorium anders vorgestellt. Im ursprünglichen Antrag habe etwas von Pflanzkübeln und Blumen gestanden. Er habe ein Bild der Situation vor Ort erhalten und gedacht, er sehe nicht richtig. Er hoffe, man müsse nicht bis 2028 mit dem nun angebrachten Provisorium leben, welche man von Autobahnbaustellen kenne.

OR Clemens (FW-OR-Fraktion) teilt seine Freude über die Umsetzung mit und bemerkt jedoch ebenfalls, dass es bedauerlich sei, dass dies ohne weitere Diskussion geschehen sei. Er schlägt vor, die einzelnen Ecken der Kreuzung freundlicher zu gestalten und fordert eine Überlegung darüber, wie man dies schnell umsetzen könne.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

**12. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 13. November 2024,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

**TOP 5: Fußverkehrsfreundlicher Kreuzungsbereich in der Auer-, Schinnrain-,
Bleichstraße**

Blatt 2

OR Müller (CDU-OR-Fraktion) stellt klar, dass es nicht darum gehe, einen Schönheitswettbewerb zu gewinnen. Er erinnert daran, dass die CDU-Fraktion bereits ihre Sympathie für den Antrag ausgesprochen habe, da die Kreuzung unübersichtlich und weitläufig sei. Die Sichtverhältnisse seien vor der Umsetzung des Provisoriums als nachteilig wahrgenommen worden. Er betont, dass sie in der betreffenden Sitzung gesagt hätten, dass eine Umsetzung mit geeigneten Mitteln und geringen finanziellen Auswirkungen wünschenswert sei. Er kann sich jedoch nicht erinnern, dass sie einen weiteren Entwurf gefordert hätten; vielmehr sei klar gesagt worden, dass die Maßnahme notwendig sei.

OR Pötzsche (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) sagt, er habe sich bei den Ausführungen des Kollegen Dr. Noé an die Septembersitzung erinnert. Hier sei es um die Verbesserung der Sichtverhältnisse am Alten Friedhof gegangen. Hier habe Herr Dr. Noé vehement gegen den Entfall der Parkplätze gestimmt. Nun lehne er eine Maßnahme ab, die darauf abzielt, den unübersichtlichen Kreuzungsbereich zu verbessern. Er stimmt zu, dass die Maßnahme nicht der größte gestalterische Entwurf sei, wobei sich vermutlich auch alle einig seien. Dass man deshalb aber 5 oder 6 Jahre eine schlechtere Verkehrssituation dulde, könne nicht ernstgemeint sein. Er wäre entsetzt, wenn aus dem Gremium noch weitere Gegenstimmen gegen die nun veranlasste Maßnahme kämen.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) dankt für die Diskussion und erinnert daran, dass das Gremium am 11. September 2024 der Umsetzung des Provisoriums einstimmig zugestimmt habe. Dies sei wichtig für die weitere Diskussion.

OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion) bedankt sich und weist darauf hin, dass er sich bei einer früheren Abstimmung enthalten habe und nicht gegen die Umsetzung gestimmt habe. Seine Kritik richte sich ausschließlich gegen die schnelle Umsetzung des Provisoriums, ohne dieses vorher als Entwurf gesehen zu haben.

OR Rathjen (AfD-OR-Fraktion) erklärt, dass er mit der Situation vertraut sei und anmerkt, dass es dort bereits viele Bäume und Sträucher gebe. Er schlägt vor, eventuell noch einige Parkplätze zu markieren und fordert eine Entlastung für den ruhenden Verkehr bis zur endgültigen Lösung im Jahr 2028.

Herr Friese (StPIA) bedankt sich für die Anregungen und erklärt nochmals den Zweck des Provisoriums: Es solle schnell mit einfachen Mitteln umgesetzt werden und sei keine Dauerlösung. Das Ziel sei es gewesen, kurzfristig eine Verbesserung der Situation darzustellen.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) bedankt sich und stellt keine weiteren Wortmeldungen fest.

**12. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 13. November 2024,
17:00 Uhr**

**Protokoll zu
TOP 6: Änderungen am Verkehrskonzept**

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft Tagesordnungspunkt 6, Änderungen am Verkehrskonzept, auf.

OR Kehrle (CDU-OR-Fraktion) führt aus, dass er etwas weiter ausholen müsse. Er erinnert daran, dass die CDU-Fraktion bereits Anmerkungen zum Verkehrskonzept bei dessen Fortschreibung eingebracht habe, die jedoch keine Umsetzung gefunden hätten. Ein Ergänzungsantrag sei ebenfalls gescheitert. Er betont, dass die Fraktion nicht grundsätzlich gegen das Verkehrskonzept sei und die Chancen für Durlach als Zentrum für die Zukunft sehe. Dennoch gebe es seiner Meinung nach Schwachstellen im Konzept, da viele Teile Durlachs nicht berücksichtigt würden. Er nennt das BMD-Areal, das zukünftig gebaut werde, sowie die Kreuzung Auerstraße/Pforzheimer Straße, die am Maximum der Verkehrsaufnahme sei. Der gesamte Verkehr solle künftig über die Kanzlerstraße und Lederstraße in den Altstadtring geleitet werden. Dies sei zwar nicht falsch, aber laut Verkehrszählungen würden nur 250 Fahrzeuge in den Altstadtring fahren und 1.210 herausfahren. Er äußert Bedenken hinsichtlich der Verkehrsführung und der Auswirkungen auf die Marstallstraße durch die Einrichtung einer Fahrradstraße. Er hebt hervor, dass eine schnelle Erreichbarkeit der städtischen Garage im Zentrum wichtig sei, insbesondere während großer Veranstaltungen wie dem Weihnachtsmarkt. Er warnt davor, dass ohne weitere Zufahrtsstraßen der Verkehr in der südlichen Marstallstraße auf bis zu 2.830 Fahrzeuge pro Tag ansteigen könnte. Während er die Begründungen für mehr Verkehrssicherheit an der Schloss-Schule teile, kritisiert er dennoch die geplanten Maßnahmen.

OR Dr. Klingert (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) antwortet auf Herrn Kehrles Ausführungen und weist darauf hin, dass er von einem Nullsummenspiel ausgehe und nicht anerkenne, dass das Verkehrskonzept darauf abziele, die Fahrzeugzahlen im Altstadtring zu verringern. Sie fordert dazu auf, dem Konzept eine Chance zu geben und es auszuprobieren. Sie erklärt den ursprünglichen Zweck des Verkehrskonzepts: Die Schaffung eines verkehrsberuhigten Bereichs im Altstadtring zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität und zur Unterstützung des Einzelhandels sowie zur Behebung der chaotischen Situation vor der Schlossschule. Sie erläutert weiter die geplanten Maßnahmen zur Verlängerung der Fußgängerzone in verschiedene Richtungen und kritisiert den Vorschlag der CDU-Fraktion als Augenwischerei. Sie hebt hervor, dass es wissenschaftliche Erkenntnisse gebe, wonach Fußgängerzonen positive Auswirkungen auf den Umsatz haben könnten. Es diene auch nicht der Effizienz der Stadtverwaltung, wenn man diese immer wieder bereits bestehende Planungen überarbeiten lasse. Sie betont erneut die Wichtigkeit des öffentlichen Raums für Kinder und Jugendliche und äußert ihre Besorgnis über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion. Sie bezeichnet diesen als Rückschritt und fordert dazu auf, den Antrag abzulehnen.

**12. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 13. November 2024,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

TOP 6: Änderungen am Verkehrskonzept

Blatt 2

OR Dr. Rausch (SPD-OR-Fraktion) sagt, dass er nicht glaube, dass irgendjemand in diesem Gremium die Sachkunde habe, um einschätzen zu können, ob die Vorschläge der CDU besser seien als das beschlossene Verkehrskonzept. Er erinnert daran, dass über ein Jahr hinweg zahlreiche Gespräche, Sitzungen und Anhörungen von Gutachten zu Verkehrsströmen und Messungen stattgefunden hätten. Die Entstehung des Verkehrskonzepts sei ergebnisoffen gewesen. Er weist darauf hin, dass die CDU kurz vor der endgültigen Beschlussfassung im Ortschaftsrat einen anderen Vorschlag gemacht habe. Obwohl er nicht ausschließen wolle, dass die Vorschläge der CDU zielführend sein könnten, erkennt er an, dass diese nicht mit dem bestehenden Konzept zusammenpassen. Daher halte er es für unangemessen, den Änderungsantrag heute zu beschließen. Stattdessen solle man überlegen, was das Beste für alle Beteiligten sei. Dr. Rausch betont, dass ein gutes Verkehrskonzept die widerstreitenden Interessen berücksichtigen müsse und dass das beschlossene Konzept seiner Meinung nach richtig sei. Er verweist auf die Verlängerung der Fußgängerzone und die Verbesserung der Frequenz in bestimmten Bereichen der Altstadt als positive Aspekte des Konzepts. Er möchte niemandem den guten Willen absprechen und erklärt, dass seine Fraktion intern besprochen habe, dass sie nicht wolle, dass aufgrund von Verkehrspolitik Unruhe entstehe. Daher schlage er vor, das Verkehrskonzept wie beschlossen umzusetzen und nach einem Jahr eine Evaluation durchzuführen. Dabei sollten auch die Änderungen berücksichtigt werden, die die CDU vorschlägt. Dr. Rausch hebt hervor, dass dieser Ansatz den Vorteil habe, dass man die Vorschläge der CDU prüfen könne und gegebenenfalls in das bestehende Konzept integrieren könne. Er warnt davor, den Antrag jetzt zu beschließen und damit wesentliche Teile des zuvor gründlich erarbeiteten Verkehrskonzepts aufzuheben. Dies würde bedeuten, wieder von vorne anzufangen – etwas, das man vermeiden sollte. Er hofft auf Zustimmung unter den unentschlossenen Mitgliedern des Gremiums und betont erneut den Wunsch nach einer gemeinsamen Lösung. Abschließend erwähnt er die Initiative seiner Fraktion zur Vorstellung des Antrags.

OR Müller (CDU-OR-Fraktion) sagt, dass er zunächst auf den Initiativantrag von Herrn Dr. Rausch eingehen möchte, der vorsieht, das Verkehrskonzept in seiner ursprünglichen Beschlussvorlage umzusetzen. Dieser schlage vor, dass die CDU-Fraktion ihren Antrag auf der heutigen Tagesordnung zurückziehen solle. Punkt 2 des Initiativantrags sehe eine Evaluation des Verkehrskonzepts vor, was seiner Meinung nach bereits Bestandteil der ursprünglichen Beschlussvorlage sei. Daher halte er diesen Punkt für obsolet. Er führt weiter aus, dass er den ersten Punkt des Antrags bereits als erledigt betrachte und betont, dass das Verkehrskonzept sowohl Stärken als auch Schwächen habe. Insbesondere in Bezug auf die Prinzessenstraße müsse man sich bewusst sein, dass man zur Stärkung des B-Zentrums aktiv werden müsse und nicht das Gegenteil tun dürfe. Er warnt davor, dem Einzelhandelsstandort Durlach durch die Schließung von Zufahrten zu schaden.

**12. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 13. November 2024,
17:00 Uhr**

**Protokoll zu
TOP 6: Änderungen am Verkehrskonzept**

Blatt 3

Er hebt hervor, dass das Check-in-Center mit seiner Tiefgarage ein wichtiger Verbundanker für den Einzelhandel in Durlach sei und man dies nicht leichtfertig aufs Spiel setzen dürfe. Er betont die Notwendigkeit eines Dialogs mit den Gewerbetreibenden und der Geschäftsführung des Check-in-Centers über die Bedeutung der Zufahrten. Er argumentiert weiter, dass die Ausweitung der Fußgängerzone in die Marstallstraße zusätzlichen Raum schaffen könne und kritisiert die Annahme, dass eine Einbahnstraße in der Prinzenstraße den abfließenden Verkehr positiv beeinflussen würde. Er verweist darauf, dass es wichtig sei, auch andere Bereiche zu betrachten und eine Evaluation nach Umsetzung des Verkehrskonzepts vorzunehmen. Er fasst zusammen, dass es entscheidend sei, den Einzelhandel zu stärken und nicht zu schwächen.

OR Tröndle (SPD-OR-Fraktion) erklärt, dass er versucht, sich kürzer zu fassen. Es gebe kein richtig oder falsch, sondern es gehe darum, Prioritäten zu setzen. Er wirft einen kurzen Blick zurück auf die 80er Jahre, als Durlacher Geschäftsleute über fehlende Parkplätze klagten und eine Tiefgarage benötigten. Die Idee sei gewesen, dass ein großer Vollsortimenter diese betreiben könnte. Er äußert Zweifel daran, dass das Check-in-Center die gewünschte Anziehungskraft habe. Zudem kritisiert er den Ansatz, bereits vor der Umsetzung des Verkehrskonzepts alles wieder zurückzunehmen. Das Stadtplanungsamt habe bereits gute Argumente für das Konzept geliefert, die von Frau Dr. Klingert gut dargelegt worden seien. Er sieht das Konzept als einen gut durchdachten Kompromiss an und hält es für schwach, wenn man es vor einem Realitätstest bereits in Frage stelle. Er äußert Unmut über die Darstellung von Fronten in den Medien und betont, dass es ihm nicht um eine Frontstellung gehe, sondern darum, das Beste für Durlach zu erreichen. Er hebt hervor, dass die Argumente für das Verkehrskonzept überzeugend seien und er nicht als moralische Keule agieren wolle. Zudem erwähnt er die Rektorin der Schloss-Schule, die um Berücksichtigung der Schüler gebeten habe.

OR Gaebel (FDP-OR-Fraktion) sagt, er denke, man habe genug Verkehrsdiskussionen geführt. Er möchte nur dazu sagen, man habe im Wahlkampf viele Gespräche für und gegen das Verkehrskonzept geführt. Anwohner und Gewerbetreibende fühlten ihre Bedenken nicht ausreichend berücksichtigt oder seien stellenweise untergegangen. Es gehe um die generelle Erreichbarkeit und lebendige Durlacher Altstadt. Die CDU bringe nun einen Änderungsantrag, aber keine komplette Ablehnung. Es seien wichtige Punkte und man würde diesen zustimmen.

OR Dr. Klingert (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) fügt hinzu, dass in der Diskussion oft nur von Autos gesprochen werde und dabei Fußgänger und Radfahrer ignoriert würden. Sie weist darauf hin, dass viele Menschen zu Fuß oder mit dem Fahrrad einkaufen gehen und einen erheblichen Anteil am Umsatz generieren.

**12. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 13. November 2024,
17:00 Uhr**

**Protokoll zu
TOP 6: Änderungen am Verkehrskonzept**

Blatt 4

OR Willimzig (AfD-OR-Fraktion) sagt, dass zwar nicht nur Autofahrer wichtig seien, jedoch ein beträchtlicher wirtschaftlicher Faktor durch den Autoverkehr entstehe. Viele wohlhabende Menschen aus den umliegenden Dörfern kämen mit dem Auto nach Durlach und kauften dort sehr teure Sachen, wie Fisch, Filet, gutes Fleisch und sonstige Sachen. Dies könne er aus seiner Erfahrung sagen, in welcher er beim Scheck-In-Center gearbeitet hätte.

OR Kehrlé (CDU-OR-Fraktion) erklärt, dass er einige Punkte zum Verkehrskonzept ansprechen möchte. Er fragt, wie das Konzept zustande gekommen sei und erinnert daran, dass eine Verkehrszählung des Regierungspräsidiums ergeben habe, dass es zu viel Verkehr in den verkehrsberuhigten Bereichen gebe. Daraufhin sei die Idee entstanden, eine Tempo-20-Zone einzuführen. Er berichtet, dass die Verwaltung und die Stadt Anträge zur Sicherung der verkehrsberuhigten Bereiche in Durlach erhalten hätten, darunter auch Anträge zur Verlängerung der Fußgängerzone. Er kritisiert, dass bei der Fortschreibung des Verkehrskonzepts von 2000 nur die in den Anträgen enthaltenen Daten berücksichtigt worden seien und nicht über den Tellerrand hinausgeschaut worden sei. Er bemängelt, dass die B3 nur an der Pforzheimer Straße berücksichtigt werde und warnt davor, dass nach Fertigstellung der Schule Probleme auftreten könnten. Er hätte diesen Antrag gerne früher gestellt, aber aufgrund einer Kommunalwahl sei dies nicht möglich gewesen. Er betont, dass man den Kindern mehr Platz geben wolle, insbesondere am Haupteingang der Schule.

OR Dörflinger (CDU-OR-Fraktion) erklärt, dass sie neu im Durlacher Ortschaftsrat sitze und häufig nach ihrer Meinung zum Verkehrskonzept gefragt werde. Man bekenne sich hierzu, wenngleich man auch viele Abstriche gemacht hätte.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) sagt, man werde zuerst über den SPD-Initiativ-Antrag abstimmen.

OR Pötzsche (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) beantragt eine Unterbrechung der Sitzung.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) unterbricht die Sitzung um 19.55 Uhr für die Dauer von 10 Minuten.

OR Pötzsche (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) erklärt zum SPD-Antrag, dass seine Fraktion diesen ablehnen werde. Er sieht den Antrag als unnötige Schleife an und betont, dass die geforderte Evaluation bereits Bestandteil des Beschlusses sei. Auch den Antrag der CDU werde seine Fraktion ablehnen, da sie glauben, damit das gesamte Konzept zu verbessern.

**12. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 13. November 2024,
17:00 Uhr**

**Protokoll zu
TOP 6: Änderungen am Verkehrskonzept**

Blatt 5

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) stellt die Anträge zur Abstimmung.

Initiativantrag der SPD-Fraktion:

- a) Das Verkehrskonzept wird umgesetzt wie im Ortschaftsrat beschlossen
- b) Nach einem Jahr kompletter Umsetzung erfolgt eine Evaluation, ob es sich bewährt hat und bei der berücksichtigt wird, ob Änderungen sinnvoll sind, wie sie die CDU vorschlägt. Hierzu werden Daten zu den Verkehrsflüssen erhoben.

Beschluss:

3x Ja
17x Nein
0x Enthaltung

Ergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Antrag der CDU-Fraktion, wie in der Vorlage angeführt:

Beschluss:

12x Ja
8x Nein
0x Enthaltung

Ergebnis: mehrheitlich zugestimmt

OR Dr. Rausch (SPD-OR-Fraktion) erklärt, dass sie die demokratischen Mehrheiten respektieren, jedoch anregen möchten, dass die Ortsvorsteherin von ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch macht, um den gefassten Beschluss zu überprüfen. Er sieht einen eindeutigen Nachteil in dem Beschluss und verweist auf die Stellungnahme der CDU-Fraktion. Der gefasste Beschluss sei seiner Meinung nach auf die Zerstörung des bisherigen Gesamtverkehrskonzepts ausgerichtet und die beschlossenen Punkte verträgen sich nicht mit dem Rest des Verkehrskonzepts. Dies führe dazu, dass das Konzept als Ganzes nicht umsetzbar sei. Er bittet darum, dies zu prüfen und gegebenenfalls Widerspruch einzulegen.

OR Müller (CDU-OR-Fraktion) sagt hierzu, dass es am Ende an einem Bekenntnis fehle, einen demokratisch herbeigeführten Mehrheitsbeschluss zu akzeptieren. Er kritisiert den Versuch, über die Ortsvorsteherin ein Hintertürchen zu öffnen. Er sagt, dass es sich nicht um einen Grundsatzbeschluss handele, der das gesamte Konzept über den Haufen werfe.

12. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 13. November 2024,
17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 6: Änderungen am Verkehrskonzept

Blatt 6

Vielmehr verbessere der Beschluss wesentliche Aspekte des Verkehrskonzepts und stärke den Einzelhandel in Durlach.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) stellt fest, dass die inhaltliche Diskussion beendet sei und es nun darum gehe, ob die Ortsvorsteherin prüfe, ob der Beschluss rechtswidrig sei. Sie warnt davor, dass es ein gefährliches Spiel sei, da sich Mehrheiten ändern könnten. Sie erklärt sich bereit zu prüfen, ob ein Widerspruch gerechtfertigt sei. Sie stellt keine weiteren Wortmeldungen fest.

**12. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 13. November 2024,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

TOP 7: Rampe am Stadtgraben am Basler Tor

Blatt 1

Der Tagesordnungspunkt wurde vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt.

**12. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 13. November 2024,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

TOP 8: Verlorener Fächerstrahl (Alte Durlacher Allee)

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft Tagesordnungspunkt 8, Verlorener Fächerstrahl (Alte Durlacher Allee), auf. Hier liege eine Antwort der Verwaltung vor. Sie fragt, ob es Zusatzfragen gebe.

OR Gaebel (FDP-OR-Fraktion) schlägt vor, das Thema im Kulturbeirat weiter zu behandeln.

**12. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 13. November 2024,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

TOP 9: Gekündigte Erbpachtverträge Kärntnerstraße Durlach-Aue

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft Tagesordnungspunkt 9, Gekündigte Erbpachtverträge Kärntnerstraße Durlach-Aue, auf. Sie merkt an, dass es sich hierbei nicht um Erbbaurecht sondern um klassische Pachtverträge gehandelt habe. Sie stellt keine Wortmeldungen fest.

12. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 13. November 2024,
17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 10: Mitteilungen des Stadtamtes Durlach

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft Tagesordnungspunkt 10, Mitteilungen des Stadtamtes Durlach, auf. Die Mitteilungen lägen wie gewohnt aus und seien elektronisch auf den iPads der Ortschaftsräte abrufbar. Sie stellt keine Wortmeldungen fest.

**12. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 13. November 2024,
17:00 Uhr**

**Protokoll zu
TOP 11: Mündliche Fragen**

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft Tagesordnungspunkt 11, Mündliche Fragen, auf.

OR Müller (CDU-OR-Fraktion) sagt, er habe zwei Fragen. Zum einen geht es um die Figuren am Brunnen auf dem Marktplatz und zum anderen um den Verbindungsweg hinter dem Netto-Markt. Er möchte wissen, wann mit einer Umsetzung gerechnet werden könne.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet auf die Anfrage zu den Figuren am Brunnen und erklärt, dass dies eine komplizierte Angelegenheit sei. Die Nachbildung der Bronzefiguren erfordere Originalvorlagen und Genehmigungen von der Urheberrechtsstiftung Ringwald. Es habe bereits Anfragen gegeben, aber keine Antworten erhalten worden. Bezüglich des Verbindungsweges teilt die Verwaltung mit, dass dieser gut begehbar sei und aus ökologischen Gründen eine wassergebundene Decke habe.

OR Dr. Mezger (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) bedankt sich bei den Organisatoren von Durlacher Leben und der Freiwilligen Feuerwehr für den Martinsmarkt und den Martinsumzug. Sie fragt nach der musikalischen Begleitung, welche in diesem Jahr nicht durch die Bläser des Musikforums begleitet wurde und der Unterstützung des Leuchtturmprojekts Martinsumzug im nächsten Jahr.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) erklärt, dass sie nachfragen werde, was der Grund für die fehlende musikalische Begleitung gewesen sei. Sie betont jedoch auch, dass letztendlich die Organisatoren zusammen mit dem Musikforum entscheiden müssten.

OR Dr. Rausch (SPD-OR-Fraktion) sagt, dass seit mehreren Monaten die Anzeigetafel am Bahnhof ausgefallen sei und er fragt nach dem aktuellen Stand.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) sagt, dass sie hierzu nachfragen werde. Sie stellt keine weiteren Wortmeldungen fest.

**12. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 13. November 2024,
17:00 Uhr**

Blatt 1

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, bedankt sich die Vorsitzende recht herzlich bei allen Anwesenden und schließt die Sitzung um 20:18 Uhr.

Die Vorsitzende:

Der Schriftführer:

.....
Alexandra Ries
Ortsvorsteherin

.....
Robin Axtmann
(StaDu)

Die Urkundspersonen:

.....
OR Dr. Mezger
(B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion)

.....
OR Miersch
(CDU-OR-Fraktion)